



AKTIV FÜR CHANCEN GLEICHHEIT

Gegen Hass und Gewalt

6/2024

„Die AfD ist sehr erfolgreich darin, Unzufriedenheit und Wut zu instrumentalisieren“

Interview mit Dr. Andreas Hövermann, Hans-Böckler-Stiftung



Dr. Andreas Hövermann vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung. Als Projektleiter „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“ forscht und publiziert er auch zur AfD.

AKTIV: Das Jahr 2024 begann mit den größten Protesten gegen Rechtsextremismus und für Demokratie, die Deutschland je erlebt hat, und endete mit der Normalisierung extrem rechter Positionen im politischen Diskurs. Was ist in dieser Zeit mit der Gesellschaft passiert?

Andreas Hövermann: 2024 war ein sehr erfolgreiches Jahr für die AfD – und das trotz eines äußerst misslungenen Europawahlkampfes, der von Korruptionsvorwürfen und letztlich Distanzierung der Partei vom Spitzenkandidaten geprägt war. In der Tat ist es der AfD gelungen, ihre Themen dauerhaft im Fokus der öffentlichen Debatte zu platzieren und ihre Sicht darauf weiter zu normalisieren. Die AfD ist sehr erfolgreich darin, Unzufriedenheit und Wut zu instrumentalisieren. Die hohe Inflation der letzten Jahre, der zunehmend sichtbare Investi-

tionsstau der öffentlichen Infrastruktur und die ausgeprägte Zukunftsverunsicherung waren hier idealer Nährboden für von ihr angezettelte und verbreitete Neid-Debatten und Untergangsszenarien für den Standort Deutschland. Die Terroranschläge durch Geflüchtete sowie die politischen Folgen, bei denen ganze Gruppen zu Sündenböcken gemacht wurden, taten ihr übriges. Insgesamt muss man attestieren, dass politische Kräfte erstaunlich wenig auf die Positionen der Proteste gegen Rechtsextremismus eingegangen sind, sondern vielmehr rechte Positionen gestärkt haben.

*Nach Ende des zweiten Weltkriegs schrieb der evangelische Pfarrer Martin Niemöller seine bekannten mahnenden Worte über die Nazis: „(...) Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler. (...) Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“ Sehen die AfD-Wähler*innen nicht, dass auch sie in ihren Rechten eingeschränkt werden, wenn die Partei ihre Politik vollzieht?*

In der Tat widerspricht das, was die AfD politisch und ökonomisch mit ihrer extrem neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik fordert, den Interessen vieler ihrer Wähler*innen. Einschnitte bei Sozialleistungen, Steuersenkungen – von denen v.a. Einkommensreichere profitieren – oder aber auch weniger Mieterschutz sind hier nur einige Beispiele. Dies scheint den AfD-Wähler*innen aber weniger auszu-



Petra Reinbold-Knape, stellvertretende Vorsitzende des Kumpelvereins

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir erleben historische Stunden: Mit Donald Trump zieht ein Präsident ins Weiße Haus, der neben weitreichenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen harten Entscheidungen auch und gerade die migrationspolitischen Sorgenfalten bei uns aufleben lässt. Und (fast) gleichzeitig wird durch den Bruch der Ampelkoalition in Deutschland ein Wahlkampf wahrscheinlich, der an Schärfe zunehmen und auch auf migrationspolitische Themen fokussieren wird.

Die Wahlen im Herbst 2024 waren von einem besorgniserregenden Rechtsruck geprägt. Faktoren wie wirtschaftliche und persönliche Unsicherheiten und die Herausforderungen der Migration haben offenbar dazu geführt, dass sich Menschen von den demokratischen Parteien nicht aufgefangen fühlen. Nutznießerin dieser Situation ist leider eine Partei, die offen rassistisch und rechtsradikal agiert. Wir als Kumpelverein halten mit unseren Möglichkeiten dagegen: Wir unterstützen Betriebs- und Personalräte, JAV'ler und Ausbilder*innen in ihren wichtigen Aufgaben gegen rechts im Betrieb. Wir waren dabei, als in diesem Jahr Millionen von Menschen auf die Straße gingen, um für Demokratie und Vielfalt zu demonstrieren, nicht nur am 1. Mai! Der gewerkschaftliche Gedanke der Toleranz, Solidarität und Gerechtigkeit ist für uns Triebfeder unseres Handelns, auch 2025. Gemeinsam werden wir diese Gesellschaft demokratisch gestalten, das ist unser Ziel!

Für mich endet die Zeit als stellvertretende Vorsitzende der Gelben Hand. Herzlichen Dank an alle, an „meinen“ Vorstand mit Dietmar an der Spitze, an die Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle, die sich mit uns allen jeden Tag engagieren: für eine solidarische, demokratische Gesellschaft.

Glück Auf!

Eure Petra
für den gesamten Vorstand
des Kumpelvereins



machen als das, was sich viele von der AfD versprechen und was sie für viele verkörpert: einen radikalen Politikwechsel. Hier ist es wichtig zu berücksichtigen, wie der Erfolg der AfD funktioniert. Sie setzt erfolgreich darauf, lange aufgebaute und stark ausgeprägte Ungerechtigkeits- und Ohnmachtsgefühle anzusprechen und weiter zu befeuern. Wenn man betrachtet, wie verbreitet selbst Gewaltbilligung gegen Politiker*innen unter AfD-Wähler*innen ist, kann man hier bei einigen auch von einem abrechnenden Wunsch nach Genugtuung sprechen. Diese starken Emotionen sind in der Lage, einzelne inhaltliche Punkte zu überlagern. Wobei man hier aber klar attestieren muss, dass bezüglich des wichtigsten AfD-Themas – die AfD-Pläne zur Zuwanderungsbegrenzung – die allermeisten ihrer Wähler*innen ausdrücklich zustimmen. Die AfD wird nicht trotz, sondern wegen ihrer migrationsfeindlichen Positionen gewählt.

Trotz Krisen konnte die AfD 2024 nicht mehr an ihren Erfolg 2023 anknüpfen. Sie stagniert im bundesweiten Durchschnitt bei ca. 18 Prozent, im Osten ist

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Martin Niemöller

sie ebenfalls schwächer als 2023 – sicher auch dank der großen Protestwelle in der ersten Jahreshälfte. Welche Schlüsse können wir als Zivilgesellschaft daraus für das Jahr 2025 mit den Bundestagswahlen im Herbst ziehen?

Zum Teil der Wahrheit gehört auch, dass im Jahr 2024 mit dem Bündnis Sahara Wagenknecht eine alternative Partei auf den Plan getreten ist, die für nicht wenige AfD-Wähler*innen attraktiv erscheint

und die AfD einige Stimmen gekostet hat. Gleichzeitig zeigen Analysen, dass die AfD ihr Wähler*innenpotenzial mittlerweile sehr gut ausschöpft. Jedoch muss klar sein, dass dieses Potenzial nicht in Stein gemeißelt ist, sondern weiter wachsen kann – vor allem dann, wenn demokratische Parteien versuchen, der AfD nachzueifern im Sound und in den Positionen. Dies spaltet nur weiter und normalisiert nicht nur die AfD und ihre Positionen, sondern bestätigt ihre scheinbare Kompetenz bei dem Thema – da die AfD mit ihren Positionen dies ja schon lange fordert. Für das Jahr bis zur Bundestagswahl sollte daher



Werde Fördermitglied!

Wenn wir in einer offenen und von Akzeptanz geprägten Arbeitswelt und Gesellschaft leben möchten, müssen wir selbst aktiv werden.

Sei auch du dabei und unterstütze uns als Fördermitglied unter www.gelbehand.de/foerdermitgliedschaft



Shop!

Unsere Materialien wie Aufkleber und Anstecker kannst du in unserem Online-Shop erwerben unter www.gelbehand.de/werde-aktiv/materialien



keineswegs der AfD und ihrem Thema Zuwanderungsbegrenzung der Fokus der öffentlichen Wahrnehmung überlassen werden. Statt des derzeitigen Überbietungswettbewerbs der härteren Gangart gegen Zuwanderung und Zugewanderte sollte eher die Frage im Mittelpunkt stehen, wie Integration insgesamt besser gelingen kann. Außerdem sollte inklusiv-solidarisch auf gemeinsame Interessen gesetzt werden. Inhaltlich liegt hier eine stärkere Thematisierung ungleicher Teilhabemöglichkeiten und Verteilungsungerechtigkeiten auf der Hand.

Jetzt bewerben!

Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2024/2025



Noch bis zum 15. Januar 2025 können sich Auszubildende, Berufsschüler*innen und junge Gewerkschafter*innen am Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ beteiligen.

Gesucht werden Beiträge, die ein kreatives Zeichen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung, für ein solidarisches Miteinander und Vielfalt setzen. Die besten Beiträge wer-

den bei der Preisverleihung am 19. März 2025 im Palais am Fürstenwall, dem Sitz der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt in Magdeburg, prämiert. Auf die Gewinner*innen warten Preise: 1.000 Euro für den 1. Preis, 700 Euro für den 2. Preis, 500 Euro für den 3. Preis sowie jeweils 500 Euro für die Sonderpreise Sachsen-Anhalt, DGB-Jugend Sachsen-Anhalt und

DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen. Die Schirmherrschaft haben der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff und der Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Martin Burkert.

 **Alle Infos unter www.gelbehand.de/wettbewerb**





Unfassbar: Die Brandmauer bröckelt!

Seit über 40 Jahren steht die Regenbogenfahne als Symbol für die Vielfalt der Lebens- und Liebesformen und setzt ein Zeichen gegen die Diskriminierung und für die Gleichberechtigung von homo-, bi-, trans-, intersexuellen, queeren Menschen. Unfassbar, was im Oktober der Stadtrat von Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) entschieden hat: Ein Verbot, die Regenbogenflagge vor öffentlichen Gebäuden und dem Bahnhof aufzuhängen!

Homosexueller Bürgermeister und Regenbogenfahne passen der Mehrheit im Gemeinderat offensichtlich nicht. Silvio Witt, parteiloser Oberbürgermeister, hat die Nase voll. Bei der letzten Wahl erreichte er 87,5 Prozent der Stimmen. Nun erklärte er seinen Rücktritt. Immer wieder war Witt von Rechtsaußen attackiert worden.

Die AfD ist in Neubrandenburg mit neun Sitzen stärkste Kraft. Die CDU hat acht und das Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) sieben Sitze, die SPD fünf, die Linke drei und die Grünen zwei. Vier weitere Wählergemeinschaften/Parteien haben zusammen neun Sitze. Das Stadtparlament hat 43 Mitglieder, von denen zur

Abstimmung aber nur 34 anwesend waren. 15 Stadträte stimmten für das Verbot und elf dagegen bei acht Enthaltungen. Die relative Mehrheit erreichte der Antrag wegen der vielen Enthaltungen, alle von Fraktionsmitgliedern von BSW und CDU. Die AfD und ein freies Wählerbündnis lokaler Unternehmer hatten geschlossen dafür gestimmt, die Regenbogenfahne nicht mehr zu hissen. Doch ohne die BSW-Fraktion wäre die Mehrheit nicht zustande gekommen: Drei ihrer Mitglieder stimmten dem Antrag zu, sechs enthielten sich. Nun wehrt sich die Bevölkerung gegen diesen Beschluss. Wie es in Neubrandenburg weitergeht, berichten wir in der nächsten Ausgabe.

Den Rechten nicht ins Netz gehen

Abendtalk auf YouTube abrufbar

Rechte Populist*innen haben den virtuellen Raum längst zur Bühne gemacht. Mit gezielten Strategien versuchen sie, vor allem Arbeitnehmer*innen in Krisenzeiten zu verunsichern. Unser Abendtalk am 14. November stand daher unter dem Titel: „Den Rechten nicht ins Netz gehen. Rechte Online-Strategien erkennen und dagegen intervenieren“.

Als Experte war Dr. Fabian Deus zu Gast, der im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung an der Universität Siegen zu diesem Thema forscht. In seinem Vortrag zeigte er auf, wie rechte Strategien funktionieren, wie sie zu erkennen sind und wie wir ihnen entgegentreten können.

Wie immer gliederte sich der Abendtalk der Gelben Hand in einen öffentlichen Live-Stream auf unserem YouTube-Kanal sowie eine exklusive Austauschrunde. Der erste Teil ist nun auf YouTube abrufbar.

 www.youtube.com/watch?v=kvBQI65-ZWU&t=20s

„Demokratie braucht Bildung“

Maika Finnern, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Dieser Grundsatz gilt in krisenhaften und unsicheren Zeiten, in denen populistische und rechtsextreme Kräfte an Einfluss gewinnen, mehr denn je. Gerade jetzt ist es unerlässlich, dass Bildungseinrichtungen neben Wissen auch demokratische Werte vermitteln sowie kritisches Denken stärken. Bildung ist das Fundament einer lebendigen Demokratie. Sie befähigt Menschen, sich eine eigene Meinung zu bilden und aktiv an politischen Prozessen zu beteiligen. Sie ermutigt zum Dialog und fördert Verantwortungsbewusstsein, was für den Zusammenhalt einer pluralistischen Gesellschaft zentral ist.

Umso wichtiger ist es, allen Menschen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung zu ermöglichen. Die Politik hat die Verantwortung, Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge so zu finanzieren, dass strukturelle Benachteiligungen abgebaut werden und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates wieder wächst. Die GEW fordert eine Bildungsoffensive, um Chancengleichheit herzustellen sowie menschen- und demokratiefeindlichen Ressentiments entgegenzuwirken. Zudem gilt es, zivilgesellschaftliches Engagement nachhaltig zu unterstützen – für eine starke

Demokratie und eine Zukunft, die von Menschenwürde, Respekt und Solidarität geprägt ist.



Maika Finnern, GEW-Vorsitzende
(Foto: Kay Herschelmann)

Gegen den Rechtsruck hilft Solidarität

Ver.di gegen die Übernahme rechtsextremer Forderungen durch demokratische Parteien

Der Bundemigrationsausschuss von ver.di wendet sich gegen die Normalisierung rechtsextremer Forderungen durch die etablierten Parteien in der Debatte nach dem Anschlag von Solingen. Rassismus und Nationalismus bieten keine Antwort auf Zukunftsängste und Sorgen.



Die hohen Wahlergebnisse der Alternative für Deutschland (AfD) bei den Abstimmungen in Ostdeutschland bereiten vielen Menschen Angst, besonders eingewanderten Kolleginnen und Kollegen. Der Bundemigrationsausschuss von ver.di erklärte in einem Statement Ende September, dass sich viele Menschen aufgrund ihrer sozialen Situation Sorgen machen. Auch dies trage zum Aufstieg der AfD bei, wie auch der schreckliche Anschlag von Solingen. Doch die Kolleg*innen protestieren dagegen, dass in der Folge Geflüchtete unter einen Generalverdacht gestellt, Angst und Spaltung von Seiten der Politik geschürt werden.

„Wir verurteilen den Anschlag aufs Schärfste und trauern mit den Familien der getöteten Menschen. Wir brauchen gezielte Maßnahmen gegen islamistischen Terror. Was wir aber nicht brauchen, ist die Übernahme der Forderungen von Rechtsextremen durch die demokratischen Parteien, wie die Streichung von Sozialleistungen, Abschiebungen in Folterstaaten und die pauschale Zurückweisung Schutzsuchender auch an den deutschen Grenzen,“ schreiben die Kolleg*innen.

 **Die ganze Erklärung:**
www.migration.verdi.de

Termine

- 03.12.:** Online-Workshop, Currenta GmbH & Co. OHG
- 04.12.:** Vortrag, Betriebsversammlung bei DMK Deutsches Milchkontor GmbH in Zeven
- 04.12.:** Workshop, JAV der IT.NRW in Düsseldorf
- 05.12.:** Online-Workshop, Currenta GmbH & Co. OHG
- 05.12.:** Vortrag, GBR Klüh Cleaning & Clinic Service GmbH in Düsseldorf
- 09.12.:** Online-Workshop, Currenta GmbH & Co. OHG in Leverkusen
- 09.12.:** Workshop, ver.di Betriebsgruppe Deutsche Telekom Außendienst GmbH in Haltern am See
- 12./13.12.:** Vortrag und Infostand, ÖPNV-Konferenz für Betriebs- und Personalräte in Mainz von ver.di Bundesverwaltung FB Busse und Bahnen
- 13.12.:** Diskussionsrunde, 6. Betriebsräte- und Gewerkschaftstag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 13.12.:** Vortrag, Betriebsversammlung der Widemann Systeme Technologie GmbH in Wiesbaden
- 20.12.:** Workshop, JAV der Gärtnerei/Stadt Frankfurt in Frankfurt

Wir gegen Rassismus!

JAV der Currenta-Gruppe in Leverkusen setzt Zeichen



Mit einer kreativen Aktion will die Konzern-JAV der Currenta-Gruppe im Chemiepark Leverkusen rechten Parolen und diskriminierenden Stammtischsprüchen etwas entgegensetzen und klarmachen, dass sie für eine weltoffene, tolerante und diskriminierungsfreie Gesellschaft steht.

„Wenn man mit dummen rechten Sprüchen oder anderen Diskriminierungen konfrontiert wird, hat man oft das Gefühl, alleine dazustehen“, meint Patrick Schuster von der Konzern-JAV der Currenta-Gruppe. Darum hat er sich gemeinsam mit seinen JAV-Kolleg*innen eine Aktion einfallen lassen, mit der sie „kleine, aber deutliche Zeichen“ setzen wollen. Die JAV hat Sticker, Visitenkarten und Postkarten mit klaren Aussagen entwickelt: „Wir gegen Rassismus!!!“ (bzw. gegen Rechts extremismus, Diskriminierung, Menschendfeindlichkeit) steht darauf und auf der Rückseite der Karten das Statement: „Wir stehen für eine weltoffene, toleran-

te, diskriminierungsfreie Gesellschaft.“ – ergänzt um den Hinweis, dass die JAV den Kumpelverein unterstützt.

„Mit den Aufklebern z. B. auf seinem Laptop kann man seine Haltung deutlich nach außen zeigen“, meint Patrick. Zudem geht es ihm und seinen JAV-Kolleg*innen um den Dialog: „Beim Verteilen der Materialien versuchen wir, mit den Auszubildenden und jungen Beschäftigten dazu ins Gespräch zu kommen.“ Sogar die Personalabteilung hat die Aktionsmaterialien bei der JAV bestellt, und die Sticker zieren bereits die Laptops einiger Geschäftsführenden. Ein riesiger Erfolg und eine rundum gelungene Aktion, die hoffentlich zum Nachmachen einlädt – vielen Dank!

Neue Fördermitglieder

Wir können uns wieder über Zuwachs freuen! Gegen Rassismus und für Gleichbehandlung engagieren sich künftig zusammen mit uns:

Monika Fabri, ver.di, Schliengen;
Thomas Krause, NGG, GBR-Vorsitzender/Ehrenamtliches Mitglied Hauptvorstand NGG, Edewecht; **Tobias Händler**, IG BCE, Vertrauensmann, Dresden; **Frank Hauschildt**, Kronprinzenkoog; **Gunnar Henrich**, Freiburg; **Guido Höppener**, IG Metall, stellv. BR-Vorsitzender, Greven; **Ralf Keller**, IG Metall, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf; **Elisabeth Kula**, EVG, Gewerkschaftssekretärin, Wiesbaden; **Ina Lapschies**, ver.di, Duisburg; **Nathalie Ruggeri**, NGG, stellv. BR-Vorsitzende/HV-Mitglied NGG, Remscheid; **Florian Urban**, DGB Stadtverbandsvorsitzender Hannover, Hannover; **Viola Zürcher**, Freiburg

Herzlich willkommen und vielen Dank für eure Unterstützung!